

Änderungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Erstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Vergabegesetzes - Drucksache 6/10401 vom 18.01.2019 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie - Drucksache 6/11040 (Neudruck)

Der Landtag möge beschließen:

Artikel 1 der Anlage 1 der Beschlussempfehlung wird wie folgt geändert:

1. Ziffer 1 werden folgende Ziffern 1. bis 4. vorangestellt:
 - a) In § 1 werden nach dem Wort „sozialer“ die Wörter „und ökologischer“ eingefügt.
 - b) In § 2 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „3 000“ durch die Angabe „10 000“ ersetzt.
 - c) § 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Bei den Beschaffungen des Landes sind die Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung in Bezug auf den Beschaffungsgegenstand und dessen Auswirkungen auf das ökologische, soziale und wirtschaftliche Gefüge zu berücksichtigen. Öffentliche Aufträge und Konzessionen werden im Wettbewerb und im Wege transparenter Verfahren an fachkundige und leistungsfähige Unternehmen sowie an Unternehmen vergeben, die nicht vom Vergabeverfahren ausgeschlossen worden sind.“
 - bb) In Absatz 4 Satz 1 wird das Wort „können“ durch das Wort „sollen“ ersetzt.
 - cc) In Absatz 5 wird dem Satz 1 folgender Satz angefügt:

„Das Zuschlagskriterium ‚Kosten‘ ist auf der Grundlage der Lebenszykluskosten der Leistung gemäß § 59 der Vergabeverordnung zu berechnen.“
 - d) In § 4 Absatz 2 Satz 1 werden die Worte „Schienenpersonennahverkehrs sollen“ durch die Wörter „Schienen- und Straßenpersonennahverkehrs müssen“ ersetzt.
2. Die bisherigen Ziffern 1. bis 3. werden zu Ziffern 5. bis 7.

Begründung:

Zu 1.:

Damit werden neben sozialen Aspekten auch die ökologischen Ziele als Zweck benannt.

Betroffene haben in der Anhörung den zu niedrigen Schwellenwert und den damit verbundenen hohen Bürokratieaufwand kritisiert. Ein höherer Schwellenwert soll dem entgegenwirken.

Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung sollen bei der Vergabe von Aufträgen angemessen berücksichtigt werden. Die in § 59 der Vergabeverordnung des Bundes enthaltene „kann“-Regelung zur Berücksichtigung von Lebenszykluskosten wird durch die vorgeschlagene Änderung in Brandenburg für öffentliche Auftraggeber verbindlich.

Die Möglichkeit der Personalübernahme ist mit Blick auf das neue Tariftreuegesetz des Landes Rheinland-Pfalz in eine verbindliche „ist“-Regelung zu verändern. Dieses darf nicht nur für den Schienenpersonenverkehr (SPNV) gelten, wie in § 5 Abs. 2 verankert ist, sondern muss auch für den Straßenpersonenverkehr (ÖSPV) greifen.

Zu 2.:

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.